Neue Politische Literatur (2024) 69:111–115
https://doi.org/10.1007/s42520-023-00545-z

REZENSION

20. Jahrhundert

Ludwig, Felix: Prediger der Demokratie. Die Deutsche Hochschule für Politik und die politische Bildung in West-Berlin (1949–1972/74), 448 S., Gebr. Mann, Berlin 2023.

Peter Steinbach

Angenommen: 21. Dezember 2023 / Online publiziert: 9. Januar 2024
© Gesellschaft zur wissenschaftlichen Förderung politischer Literatur e.V. and the Author(s) 2024

Weshalb mit dieser Arbeit die neue Sonderreihe des Bundesarchivs zur Geschichte zentraler deutscher Behörden eröffnet wird, bleibt unverständlich. Entstanden im Rahmen eines von der Bundesbeauftragten für Kultur und Medien getragenen gut ausgestatteten Forschungsprogramms, wird das „neu erwachte Interesse“ an den „Kontinuitäten zwischen den Behörden und Verwaltungen des nationalsozialistischen Deutschen Reiches und ihren Nachfolgeeinrichtungen“ angesprochen. Eine unabhängige Expertenkommission wählte zehn Projekte aus, um der „Behördenforschung“ neue Perspektiven zu eröffnen (S. 7). Die Deutsche Hochschule für Politik (DHfP), aus der das Otto-Suhr-Institut an der Freien Universität (OSI) hervorging, war allerdings niemals eine „Behörde“, die Landeszentrale für politische Bildungsarbeit (LZpB) hatte zu keiner Zeit eine „zentrale“ bundespolitische Funktion. Die Studie macht überdies deutlich, dass die Protagonisten – unter ihnen Ernst Fraenkel, Ossip K. Flechtheim und Otto Heinrich von der Gablentz – durch NS-Verstrickungen nicht belastet waren. Vielleicht sucht die Behördenforschung nach neuen Ansätzen, verabschiedet sich von der Identifizierung belastender Strukturen, Seilschaften, Persönlichkeiten und wendet sich der postdiktatorischen Demokratisierung zu. Der unbestreitbare Vorzug der Studie liegt in den auf bisher unbekannten Quellen fußenden Abschnitten, die die DHfP und die LZpB schildern. Neben dem beeindruckenden Quellenbezug wären allerdings auch die selbstkritische Kontrolle der Fragestellung und deren Einbindung in den wissenschaftlichen Forschungsstand zu bemessen.

Enttäuschend ist der erste Abschnitt, der den Weg von der 1920 erfolgten Gründung der DHfP über die NS-Zeit, vor allem über Emigration und Widerstand, bis zur Neugründung durch Otto Suhr 1948 darlegt. Bei der Beschreibung der „Ge-

✉ Peter Steinbach
Berlin, Deutschland
E-Mail: polhist1@gmx.de

nese“ des pluralistischen Projekts, die sich von 1920 bis 1953 erstreckte, stützt sich der Autor nicht nur rezeptiv auf einige bereits erschienene Arbeiten vor allem zu Fraenkel. Titelgebend ist Johannes Richter, Leiter der LZpB in West-Berlin. Er gilt als „Prediger“, überdies hätte er die Ideen seines Mentors Fraenkel „tief verinnerlicht“. Sie seien zu seinem „Evangelium“ geworden, zum Ausgangspunkt einer „Missionslehre“ für die „freiheitlich-demokratische Grundlehre“, die alle anderen Themenbereiche der politischen Bildung aufschlüssele (S. 9). Ludwigs Darstellung der Entstehung einer „defensiven Demokratiewissenschaft“ beruht weitgehend auf aus der Sekundärliteratur abgeleiteten Eindrücken, die sich auf die thematisch begrenzten Fragestellungen beziehen, wie aus den Erfahrungen in Emigration und Widerstand an das von Fraenkel entwickelte Konzept der dialektischen Demokratie angeknüpft werden konnte.

Die 1948 in Erinnerung an die Revolution von 1848 neubegründete Hochschule für Politik schließt an den Auftrag an, den sich ihre Weimarer Vorinstitution gab: eine politische Führungsschicht zu prägen, die sich zur Verfassung bekannte, aber auch politische Breitenbildung zu betreiben. Im Zuge der Professionalisierung der akademischen Bildung geriet dieses Konzept rasch in die Krise, denn Absolventen wollten verwertbare Abschlüsse erwerben, sich also nicht nur demokratisch bilden. Für die Gründer der HfP wurde die politische Bildung so nur für einige Zeit zum Angelpunkt der Politikwissenschaft. Leider versagt sich der Autor einen Blick auf ähnliche Institutionen, die in Wilhelmshaven, München und in Hamburg entstanden waren. Dies hätte ermöglicht, bereits in der Konsolidierungsphase der Politikwissenschaft unterschiedliche Muster einer akademischen Selbstlegitimation zum Ausgangspunkt einer Differenzierung des Faches als Demokratie-, Oppositions- und Sozialisationswissenschaft zu machen.

Kennzeichen der Politologie war anfänglich nicht die politisch-kritische, sondern die politisch erziehende Funktion, die auch den Erwartungen vor allem der britischen und amerikanischen Besatzungsmacht entsprach. Dieses Konzept schlug sich in vielen Zeitschriftentiteln zur politischen Bildung nieder, nahm aber auch Hoffnungen derjenigen auf, die mit dem Ende des NS-Staates Lehren aus dem Scheitern der Weimarer Republik und der Konsolidierung der nationalsozialistischen Diktatur ziehen wollten. Dazu bot sich in gleicher Weise der Rückgriff auf eine kommunikative, dialektische Demokratie an, die Fraenkel entwickelt hatte, um den Verhandlungscharakter der Demokratie, aber auch deren Fragilität zu beschreiben. Politische „Wiederziehung“ konnte nur funktionieren, wenn es gelang, einen stabilen Grundkonsens zu entwickeln, der pluralistisch grundiert war und auf gegenseitiger Toleranz vor dem Hintergrund eines Grundverständnisses von politischem Zusammenleben fußte, wie es in den Länderverfassungen und 1949 auch im Grundgesetz vorausgesetzt wurde. Dies setzte einen „Ausbruch“ aus dem „Elfenbeinturm“ akademischer Forschung und Lehre voraus, hatte sich zugleich aber auch in einem politischen Klima zu bewähren, das auf Konflikte angewiesen war. Damit geriet die theoretisch durchdachte Politologie in die politischen Auseinandersetzungen, musste deutlich machen, dass politische Gegensätze den beschworenen Grundkonsens weder gefährdeten noch verletzten.

Die Wertstruktur, die sich in den Grundrechtsteilen der Verfassungen, in ihrem Bekenntnis zu Gewaltenteilung und Rechtsstaatlichkeit niederschlug, war keine fixe

Idee von Politologen, die die antidiktatorische Grundstimmung einte und die ihr pluralistisches Grundverständnis gegen jede Form totalitärer Herrschaft gut begründet glaubten. Dies zeigt ein Blick auf die in den 1960er Jahren entstehenden politikwissenschaftlichen Lehrstühle. Die politikwissenschaftlichen Zeitschriften spiegelten die Auffächerung des Faches ebenso wie die Rezensionszeitschriften. Es ging niemals um die Sicherung des Status quo, um das Behagen, das eine akademisch inzwischen anerkannte Wissenschaft vermittelte, also jenes Behagen, das Ludwig als „Belle Époque" der Politologie (S. 281) charakterisiert. Denn längst waren Irritationen durch die Auseinandersetzungen um Vergangenheits- und Rüstungsfragen entstanden, hatten Eichmann- und Auschwitz-Prozess, hatten die Spiegelaffäre und die Kuba-Krise nach der Berlin-Krise Sicherheiten fraglich werden lassen, hatten sich schließlich nach dem Mauerbau und mit der neuen Koalitionsregierung 1961 für O. H. von der Gablentz und O. K. Flechtheim neue Ziele der Deutschland- und Zukunftspolitik geöffnet. Nun ging es nicht um die Behauptung eines politisch-pädagogischen Projekts, um Durchsetzungsmacht, auch nicht um Überwältigung aller, die politischer Bildung ausgesetzt waren, sondern um die Ermöglichung eines rationalen politischen Diskurses.

Die Bewertungen, die sich in dieser Studie finden, spiegeln die Erfahrungen, die mit einer vor allem normativen und kritischen, weniger mit einer empirischen Demokratietheorie gemacht wurden. Das ist Ausdruck der Freiheit wissenschaftlicher Forschung. Allerdings fällt auf, dass der Verfasser immer wieder seine These von der Etablierung einer pluralistischen Schule historischer Bildung betont. So entsteht der Eindruck, vor allem Fraenkel hätte mithilfe der LZpB seine Konzeption eines „pluralistischen Projektes" gegen sich abzeichnende Widerstände behaupten wollen. Richter, der sich vor allem als ein Erbwalter von Suhr sah, verfolgte ein diskursives Modell und bezog politische Bildung auf die Auseinandersetzung mit der DDR und die Berufung auf die deutsche Zeitgeschichte. Ihm ging es weniger um die Stärkung einer pluralistisch gefärbten Zivilreligion als um historisch-politische Legitimierung der Gegenwart als eine Antwort auf historisches Versagen. Das schlug sich in einer aufwendig gestalteten und entsprechend teuren Kassette zum Widerstand gegen den Nationalsozialismus nieder (S. 346). Übersehen wurde, dass bereits viele der historisch-politischen Appelle, die sich auf den Widerstand beriefen und ihn gleichsam als Vorgeschichte der Bundesrepublik sakrifizieren wollten, längst viel kritischer gesehen wurden. Mit den NS-Prozessen, in denen es um Handlungs- und Entscheidungsspielräume in der Diktatur ging, wurde zunehmend unglaubwürdig, dass die nationalsozialistische Judenpolitik „viele Deutsche zu erbitterten Gegnern des Nationalsozialismus" gemacht hätte (S. 347).

Insofern ist es nicht überraschend, wenn Ludwig im Abschlusskapitel aus der Verteidigung der Demokratie eine Infragestellung des Erreichten ableitet, um eine weitergehende Demokratisierung zu fordern und schließlich universitätsintern durchzusetzen. Ludwig konzentriert sich auf die engere Institutsgeschichte des OSI, auf die Debatten zwischen Reformern, zu denen Fraenkel nicht mehr gehörte, und den angeblichen „Radikalisierern". Diese politikwissenschaftlich und politisch-pädagogische Engführung erklärt, weshalb Ludwig die Entfaltung der politisch-theoretischen Politikwissenschaft in den 1960er Jahren übersieht. An den Pädagogischen Hochschulen und Universitäten hatten sich politikwissenschaftliche Lehrstühle etab-

liert. Methodische Ansätze hatten sich entwickelt und ließen sich sogar lokalisieren. So gab es neben den Berliner Ansätzen die Mannheimer, die Freiburger, die Münchener und die Marburger Schule. Die politikwissenschaftlichen Fachzeitschriften hatten den Gegenstandsbereich der neuen Disziplin vermessen, neu definiert und so zur weiteren Expansion des Faches beigetragen. Die Entfaltung der Pluralismustheorie wurde zum Gegenstand der Forschung, wie Hans Kremendahls erschöpfende Geschichte dieses Konzepts oder Peter Massings Arbeit über Interesse und Gesellschaft deutlich machten.

Angesichts der verengten politischen Diskussionen in den 1950er und 60er Jahren war die Anerkennung der politischen Toleranz im Rahmen des Pluralismuskonzepts von gesellschaftlicher, mit Blick auf die lobbyistisch durchgesetzten Interessenkämpfe von verteilungsrationaler Bedeutung. Die Anerkennung einer konflikt- und kompromissfähigen dialektischen Demokratie blieb eine Voraussetzung nicht nur rationaler politischer Bildung, wie sie von Manfred Hättich entwickelt wurde, sondern auch der politischen Kultur, wie sie Martin Greiffenhagen in Anlehnung an Gabriel Almond und Sidney Verba analysierte. Gearbeitet wurde an einer politischen Verhaltenslehre, wie sie Thomas Ellwein formulierte. Das hatte wenig mit einer Übersteigerung des Politikwissenschaftlers zum Missionar oder Prediger des pluralistischen Projektes zu tun, sondern entsprach dem Überwältigungsverbot, wie es durch den „Beutelsbacher Konsens“ etabliert wurde. Wenn Ludwig übersieht, was Ellwein als Verfasser der bis dahin umfassendsten Beschreibung des deutschen Regierungssystems leistete, verkennt er, dass dieser nicht als „umtriebiger Frankfurter Politikdidaktiker“ qualifiziert werden kann (S. 314).

Ludwig hat leider wenig Verständnis für die inneruniversitären Verflechtungen einer Integrationsdisziplin, die zunehmend Erfolg durch publizistische Ausstrahlung hatte, deren wissenschaftliche Leistungsfähigkeit und Bedeutung aber von den Vertretern der Nachbarfächer hingegen bestritten und in der Öffentlichkeit vor allem von der konservativen Presse mit Misstrauen und Ablehnung behandelt wurden. Vielleicht fraß die Revolution wirklich, vielleicht aber nur augenscheinlich die Väter des „demokratischen Projektes“ (S. 355), weil diese Väter die Weiterentwicklung des angeblich defensiven Projekts in Richtung einer Demokratisierung vor allem der Hochschule nicht nachvollziehen konnten. Es kam zum Konflikt zwischen als „Liberale“ verschrienen Hochschullehrern und „basisorientierten“, die Revolutionierung der Gesellschaft anstrebenden Studentengruppen, vor denen eine Mehrheit der Studierenden zurückwich. Dies entsetzte Fraenkel mehr als Flechtheim und von der Gablentz und führte zu einem resignativen Rückzug aus der Lehre. Die LZpB konnte und musste sich den wandelbaren Konjunkturen politischer Grundstimmungen stellen. Selbst Richter suchte sich anzupassen, um nicht zwischen politischer Kontrolle seiner Behörde und dem Vorwurf mangelhafter Akzeptanz aufgerieben zu werden. Die Berliner Landeszentrale akzeptierte die politisch-kulturellen Trends. Fraenkel vermochte dies weniger. Aber bedeutete dies wirklich das Scheitern eines „pluralistischen Projektes“ (S. 409)? Wenn Ludwig seine Darstellung 1974 abbricht, so hätte er die Wandlungen des OSI mitbekommen müssen, die Aufteilung in Einrichtungen, die Studienreformen, die Beteiligung der Studierenden an der Selbstverwaltung.

Die Berliner Politikwissenschaft blieb noch einige Jahre durch den von ihr selbst betonten Bildungsauftrag geprägt, war aber nicht dadurch determiniert. Denn mit

der Politischen Soziologie, wie sie Otto Stammer in seinem eigenen Institut entwickelte, war zugleich ein historisch-empirischer Zweig entstanden, der die weitere Entwicklung der Berliner Politikwissenschaft mit der DDR-Forschung, der Wahl- und Verbandsforschung in die Zukunft führte. Fraenkel scheiterte nicht mit seinem pluralistischen Projekt, denn es wurde vielfach an anderen Universitäten aufgegriffen. Dies alles gerät nicht in den Blick des Verfassers, der die politische Bildung zu einer Art pluralistischer Heilslehre der sich stabilisierenden Demokratie überhöht und deshalb in der Bitte des Leiters der LZpB an die Witwe Suhrs, ein Bild ihres Mannes zu bekommen, den Ansatz institutionalisierter Sakralisierung sieht.

Die historisch-politischen Bildungsansprüche wurden in den 1980er Jahren wieder in das Schulfach Geschichte und in das Fach Ethik transferiert. Das hatte insofern Folgen, als sich im Streit um geschichtspolitisch-historische Deutungskompetenzen zeigte, dass das pluralistische Erbe von Sozial-, Staatsbürger-, Gemeinschafts- und politischer Weltkunde von den Geschichts- und Ethiklehrern weiter gepflegt wurde, zum Leidwesen der auf die politische Bildung ausgerichteten Politologen, die akzeptieren mussten, dass zunehmend Fragestellungen und Methoden der empirischen Sozialwissenschaften aufgegriffen wurden. Damit ging zugleich die Deutungskompetenz der historisch orientierten Politikwissenschaftler zunehmend an die Zeithistoriker verloren.

Angesichts gegenwärtiger Erosionen des politischen Grundkonsenses wird immer wieder der Wert der Demokratie beschworen. Übersehen wird oft, dass sich auf die Demokratie auch Populisten berufen. Fraenkel verband hingegen Demokratie und Verfassungsverständnis. Dies deutet Ludwig an, allerdings mit der Akzentuierung des übergeordneten Wertes einer Demokratisierung, die Fraenkel als Plebiszite und Absicherung einer totalitären Diktatur erfahren hatten. Die heutigen Klagen über die Marginalisierung der politischen Bildung und die schwachen Kenntnisse über politische Prozesse bestätigen nachträglich den sozialkundlichen Ansatz der DHfP und des OSI sowie den Versuch, die Lehrerbildung durch politisch-pädagogische Perspektiven zu prägen. Es war nicht falsch, im Schulunterricht im Vertrauen auf politische Vernunft Methoden der Interessendurchsetzung, aber auch der politischen Verführung zu besprechen. Die Bedeutung der Politikwissenschaft schwand deshalb seit den 1980er Jahren nicht wegen der allgemeinen Politisierung der Gesellschaft und der Rolle ihrer Vertreter als „Prediger der Demokratie“, sondern wegen ihres Verzichts auf die Beteiligung an der politischen Bildung im Zuge einer angeblichen Szientifizierung der empirischen Sozial- und Politikforschung, die der Geschichte, der Geografie und der Ethik weitgehend die politische Bildung einer Gesellschaft überließ, die durch den beschleunigten Wandel der Gesellschaft und der internationalen Politik überfordert schien und die Veränderungen der politischen Kommunikation mediendemokratisch nur zögerlich aufgriff.

Hinweis des Verlags Der Verlag bleibt in Hinblick auf geografische Zuordnungen und Gebietsbezeichnungen in veröffentlichten Karten und Institutsadressen neutral.